



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gute Vorbereitung ist alles! Jetzt für den Herbst vorsorgen, um vierte Coronavirus-Welle zu vermeiden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, jetzt für den Herbst 2021 vorzusorgen, um eine eventuelle vierte Coronavirus-Welle zu vermeiden. Insbesondere sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Der Sicherstellung des Präsenzbetriebs in allen Bildungseinrichtungen unter Berücksichtigung geeigneter Schutzmaßnahmen soll höchste Priorität eingeräumt werden.
- Sport-, Kultur- und Erlebnisangebote für Kinder und Jugendliche sind zu fördern, auszubauen und zugänglich für alle zu gestalten.
- An Vereine und Bildungseinrichtungen soll appelliert werden – solange es möglich ist – Sportunterricht, Vereinssport, kulturelle Bildungsangebote sowie Kindertagesbetreuung und Jugendarbeit etc. draußen anzubieten.
- Luftreinigungsanlagen sollen in allen Schulen, Kitas und Heilpädagogischen Tagesstätten ermöglicht und die Finanzierung, aber auch Beratung sollen zentral organisiert werden.
- Regelmäßiges Testen in Kitas und Schulen soll weiter aufrechterhalten und kindgerechte, PCR-basierte Pooltestungen ab Beginn des neuen Schuljahrs bis mindestens über Herbst und Winter 2021/2022 angewendet werden.
- Auf Ebene der Landkreise sind Pandemiestufenpläne zu erarbeiten, die auch Hygienekonzepte für Bildungseinrichtungen beinhalten, um den Präsenzbetrieb auch bei lokaler Verschärfung des Infektionsgeschehens sicher und planbar aufrecht-erhalten zu können.
- Niederschwellige Impfangebote und -aktionen sollen noch mehr ausgebaut werden, damit die Menschen schnell erreicht werden, die noch kein Angebot erhalten haben, noch unentschlossen oder skeptisch sind, wie gezielte Einsätze von Impfbussen und Impfteams in Gebieten mit niedriger Impfquote, mehrsprachige, zielgruppenspezifische und barrierefreie Beratungs- und Aufklärungsangebote, sowie Informationen in Leichter Sprache und der Einsatz von Infobussen in allen Regionen Bayerns über die Sommermonate.
- Sämtliche Kommunikationswege (u. a. auch TV-Spots) und mögliche Multiplikatoren sind zu nutzen – auch Verbände, Betriebe, diverse Organisationen, Ausländerbeiräte, Kirchen und andere sollten dazu aufgerufen werden, sachlich zu informieren und an ihre Leute zu appellieren, sich impfen zu lassen.

- Fake-Informationen sollen noch stärker und gezielt bekämpft werden – über soziale Medien, Multiplikatoren, Fernsehen, Radio, Ärzteschaft, Hebammen, Verbände, Agentur für Arbeit, Betriebe etc..
- Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, den genauen Termin der Zweitimpfung innerhalb eines Zeitfensters selbst zu bestimmen und auch leicht und rechtzeitig verschieben zu können, wenn es nötig ist. Außerdem soll bei der Erstimpfung gründlich darüber informiert werden, wie wichtig die Zweitimpfung im gegebenen Zeitraum ist.
- Die Zweitimpfung soll gemäß den Möglichkeiten der Zulassung beschleunigt umgesetzt werden, damit so viele wie möglich im Sommer 2021 die Zweitimpfung erhalten können.
- Alle jungen Erwachsenen ab 18 Jahre, für die die Ständige Impfkommission (STIKO) eine Coronavirus-Impfempfehlung ausgesprochen hat, sollen noch vor den Sommerferien ein Impfangebot bekommen.
- Eine systematische Erfassung von Coronavirus-Infektionen trotz vollständigen Impfschutzes und eine detaillierte Erhebung und Analyse, welche Risikogruppen wo noch nicht geimpft sind, sollen durchgeführt werden, um bessere Datengrundlage und ein realistisches Lagebild zu erhalten.
- Die EU-Empfehlungen zur Einführung von Abwassermonitoring als COVID-19-Frühwarnsystem soll bis zum 1. Oktober 2021 mit allen Kläranlagen in Bayern umgesetzt werden, um lokale Ausbrüche schnell zu entdecken.
- Sequenzierungen sollen verstärkt durchgeführt und weiterhin aufrechterhalten werden, um die Ausbreitung von Virusvarianten zeitnah zu erkennen und zu stoppen.
- Teststationen an den Grenzen sollen aufgebaut werden und verpflichtende Tests für alle Menschen, die aus dem Urlaub zurückkommen, und doppelte Tests für Menschen, die aus Risiko- und Variantengebieten zurückkommen, sollen vorgeschrieben werden.
- Für vollimmunisierte Reiserückkehrerinnen bzw. -rückkehrer (oder Genesene, die gleichgestellt sind) soll keine Quarantänepflicht gelten (dies sollte auch für Kinder unter zwölf Jahren in Begleitung von vollimmunisierten Sorgeberechtigten, regelmäßige Pendlerinnen bzw. Pendler, grenzüberschreitende Schul- und Studienbesuche, Besuche von Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern gelten).
- Die Testpflicht für Reiserückkehrerinnen bzw. -rückkehrer soll angesichts der sich rasch ausbreitenden Delta-Variante konsequent umgesetzt werden, es sind insbesondere auch jene Einreisende nach Deutschland bzw. nach Bayern zu erfassen, die nicht am Flughafen getestet werden.
- Eine gemeinsame Task-Force aus Bund, Land und Kommunen für jede Grenzregion soll eingerichtet werden, um Einschränkungen durch ein gemeinsames Vorgehen auf beiden Seiten der Grenze zu minimieren und organisatorische Fragen der Pandemie-Entwicklung schnell und unbürokratisch lösen zu können.
- Sobald die STIKO ihre Empfehlung zu COVID-Auffrischimpfungen veröffentlicht, sind Drittimpfungen von Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen sowie in Einrichtungen der Eingliederungshilfe umgehend sicherzustellen, um den Impfschutz der vulnerablen Gruppen kontinuierlich zu gewährleisten.
- Einschneidende Isolationsmaßnahmen wie Betretungs- oder Besuchsverbote in pflegerischen Einrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe sollen auch bei einer möglichen vierten Welle verhindert werden. In Zusammenarbeit mit den Einrichtungen sollen beschützende Maßnahmen im Rahmen von möglichen Szenarien jetzt geplant werden.
- Bei Verlegungen oder Neuaufnahmen in diesen sowie medizinischen Einrichtungen soll sicherstellt werden, dass nichtgeimpfte Personen umgehend ein Impfangebot erhalten. Auch die kommende Grippeimpfung soll dazu genutzt werden, um den relevanten Risikogruppen eine COVID-Auffrischimpfung anzubieten.

Begründung:

Angesichts der sich immer rascher ausbreitenden Delta-Variante ist es nötig, dass sich der Freistaat Bayern bereits im Sommer 2021 auf möglicherweise steigende Corona-Infektionszahlen im Herbst gut vorbereitet. Die Delta-Variante stellt bereits jetzt in Deutschland die dominierende Variante dar. Es ist bekannt, dass diese um ein Vielfaches ansteckender ist, als frühere Mutationen und auch die Ursprungsvirusvariante. Zu erwarten sind auch weitere Virusmutationen mit noch unbekanntem Eigenschaften. Jetzt ist es deshalb nötig, für den Herbst 2021 vorzusorgen und alle nötigen vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, um eine vierte Coronavirus-Welle und erneute Einschränkungen, die den Schulbetrieb, Kultur oder die Wirtschaft wieder hart treffen würden, zu verhindern.

Das Coronavirus ist nicht verschwunden und die Auswirkungen weiterer Virusmutationen sind schwer abzuschätzen, trotz erheblichen Impffortschritts. Es braucht Teststationen an den Grenzen, verpflichtende Tests für alle Menschen, die aus dem Sommerurlaub zurückkommen, und doppelte Tests für Menschen, die aus Risikogebieten zurückkommen. Der Fokus muss den Kindern gewidmet werden, die auch im Herbst überwiegend nicht geimpft sein werden. Es sollen deshalb gezielte Test- und Schutzmaßnahmen in Bildungseinrichtungen und in der Jugendarbeit eingesetzt werden, die den Präsenzbetrieb sichern sollen. Dazu gehören auch Lüftungsanlagen, wo sie Sinn machen, und pädagogische Konzepte für die Arbeit im Freien, Bewegungs- und Erlebnisangebote, auch für die Ferienzeiten, sowie gezielte Maßnahmen zur Stärkung des körperlichen und seelischen Wohlbefindens.

Die Impfkampagne muss gezielt Menschen adressieren, die bisher ungeschlüssig waren oder ihre Termine für die Zweitimpfung haben verstreichen lassen. Nötig ist ein entschlossenes Vorantreiben sowie auch Steuerung der Impfkampagne. Dies heißt auch mehr Aufklärung über die Impfstoffe, mehrsprachig und barrierefrei, Einsatz von Multiplikatoren, um offene Fragen in diversen Kulturkreisen aufzuklären, niedrigschwellige Impfangebote und Einsatz von Infobussen und Impfbussen, wo die Impfquote niedrig ist.

Das Ziel muss sein, dass möglichst viele Menschen vor dem Herbst eine Zweitimpfung bekommen haben und dass gute Konzepte vorliegen, deren Umsetzung auch bei steigenden Infektionszahlen ermöglicht, mit dem Virus zu leben. Helfen dabei können unsere eigenen Best Practice-Erfahrungen aus der Pandemie sowie auch aus den USA, Großbritannien oder etwa Israel, wo die Lage sorgfältig zu beobachten ist.